21. Jahrgang / Dezember 2011

Marzahn-Hellersdorf links

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Olaf Michael Ostertag vor, aus Bayern stammend, Schauspieler von Beruf, in Berlin zu Hause und kommunalpolitisch seit Kurzem in Marzahn-Hellersdorf mit von der Partie ..... Seite 2

„Wir lernen noch“. So schreibt Wolfgang Brauer in seinem Beitrag über die Arbeit der LINKEN im Berliner Parlament. Nach zehn Jahren Regierungsbeteiligung heißt es jetzt wieder opponieren, und das will neu gelernt sein. ..... Seite 5

„Die Braut sagt nein“. Was es damit auf sich hat, erfahren Sie im Interview, das Julia Witt mit Erika Maier führte. Eine Empfehlung an Leseinteressierte ist es, und das Nachdenken über die eigene Geschichte regt es an! ..... Seite 7

… für mehr dialektische Gelassenheit

Die Hauptversammlung hat die Mitglieder des neuen Bezirksvorstands gewählt. Das erfolgte am 19. November im Theater am Park. Diskussionen und Ablauf waren von dem schlechten Abschneiden der LINKEN bei den Kommunalwahlen am 18. September geprägt. Dazu gehörte das Suchen nach Ursachen und Schlussfolgerungen, auch für uns in Marzahn-Hellersdorf.

Im Forum wurde die Entlastung des Bezirksvorstandes zur Entscheidung gestellt. Dem Kollektiv wurde mit großer Mehrheit Absolution erteilt, der neu gewählte Vorstand mit der Erarbeitung einer Strategie für die künftige Arbeit der LINKEN Marzahn-Hellersdorf beauftragt.

Es ist für die Hauptversammlung positiv zu bewerten, dass sie an diesem Samstag trotz einzelner Versuche ihre Kraft nicht mit gegenseitigen Vorwürfen erschöpft hat, wer von uns Karl Marx am nächsten steht. Unter Bedingungen, da linke Politik und linke Politiker in den Medien gern verschwiegen oder diskreditiert werden, müssen wir mit unserem politischen Handeln mehr und besser nach außen wirksam werden, mit unserm Pfund, das wir zweifellos haben, wuchern. Tue Gutes und rede darüber! Uns gegenseitig vom Sozialismus überzeugen, reicht nicht – was beim Bürger ankommt, hat letztendlich Sinn. So sehe ich Beiträge wie den von Frank Beiersdorff, der eine Ideenkonferenz zum Thema Großsiedlungen in petto hat. Bernd Preußer, der eine Artikelreihe „Hier hat DIE LINKE geholfen“ vorschlägt. Oder Rainer Rau, dessen Basisgruppe sich kollektiv um den Bürgerhaushalt in Biesdorf kümmern wird. Heidi Wagner – die sich für das „Linke Wirtschaftsforum“ engagiert. Regina Kittler, die am 7. Dezember mit den vierteljährlichen Wahlkreisversammlungen beginnt.

Auch wir links und rechts der Wuhle halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist.“ (Programm)

Wilfried Maier

Bezirksvorstand …

… obere Reihe von links: *Sabine Schwarz (stv. Vorsitzende), Norbert Seichter (Vorsitzender), Björn Tielebein (stv. Vorsitzender), Irina Hirseland, Frank Beiersdorff;* **untere Reihe von links:** *Dagmar Pohle, Bernd Preußer, Heide-Lore Wagner, Sarah Fingarow, Hassan Metwally. Des Weiteren gehören dem Vorstand an: Ulrich Clauder, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner und Gabriele Hiller. • Gewählt wurde auch die* **Finanzrevisionskommission***: Erika Driedger, Jutta Freiberg, Maria Heinich, Hans-Peter Schneider. • Für Marzahn werden im* **Landesausschuss** *der LINKEN mitarbeiten: Norbert Seichter als Bezirksvorsitzender, gewählte Mitglieder sind Regina Kittler und Erika Maier, Ersatzmitglieder Gisela Höbbel und Ute Thomas.*

Was gibt‘s noch?

Seite 2:
- Zur Person: Olaf Michael Ostertag
- Petra Pau: Ein Titanic-Szenario

Seite 3:
- Die Braut sagt nein
- Linksfraktion hält Kurs

Seite 4:
- Bericht über die November-BVV
- Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:
- Wir lernen noch
- Vom alltäglichen Wahnsinn mit „Hartz IV“

Seite 6:
- Der Mantel der Geschichte …
- Privatisierung der S-Bahn - falscher Weg

Seite 7:
- Eine halbe Jugendseite / Lesetipp

Seite 8:
- Tipps und Termine / Hinten links

DIE LINKE.

Zur Person: Olaf Michael Ostertag

Bühne frei für …

… Olaf Michael Ostertag – genannt OMO.

Gemeint ist weder das Waschmittel noch das Omo Shungura, Fundstätte steinzeitlicher Geräte.

Vorgestellt wird ein frischgebackener Verordneter der BVV Marzahn-Hellersdorf. Ausnahmsweise tut Olaf das nicht selbst, denn, wie er selbst von sich behauptet, könne er tagelang von sich erzählen – dafür sei hier nicht genug Platz. Etwas Selbstironie schadet ja bekanntlich nie.

Als gebürtiger Nürnberger passt er so gar nicht in das bayerische Phänomen eines kirchlich Getauften – das ist er auch nicht. Olaf, der nach eigener Aussage immer der Sonderling in der Gruppe war, entzog sich schon jung der Schulpflicht, um anderweitig umso erfolgreicher herauszustechen. Er lernte an Volkshochschulen, gewann ein Englischstipendium, und holte, mit 17 in Berlin angekommen, seinen Schulabschluss in nur sechs Monaten nach.

Eigentliches Motiv für Olaf, nach Berlin zu kommen, war allerdings die Flucht vor der Wehrpflicht. Aktiv beteiligte er sich an der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär. Aufgesucht von bewaffneten Polizeibeamten, die ihn zur Musterung abführen wollten, war er dennoch entschlossen, seine totale Kriegsdienstverweigerung durchzuhalten.

In Berlin verwirklichte er endlich sein Schauspielstudium, einen Wunsch, den er schon seit Kindertagen hegte. Mit zwölf begann Olaf Romane zu schreiben, schlüpfte mit 14 in seine erste Rolle in „der Stadtneurotiker“, führte mit 16 bereits eigene Regie. Als Gründer der Kabarettgruppen „Gruppe K“ und „Die letzten Westler“ tourte er mit diversen Programmen durchs Land. 1996 wurde er Mitglied im Kabarett-Ensemble „Die Radieschen“.

Olaf Michael Ostertag *Foto: Yvette Rami*

Ganz nach dem Motto „Wir müssen uns interessieren“ war Olaf politisch engagiert, parteipolitisch noch nicht. Nach der Bundestagswahl 1998 wurde seine friedenspolitische Haltung von der Koalition aus SPD und Grünen erschüttert, als diese sich vor einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Jugoslawienkrieg drückten. Als die PDS einen Antrag auf eine aktuelle Stunde stellte, entschied er sich, der PDS beizutreten.

Über die Jahre stieg sein Bekanntheitsgrad, in Steglitz-Zehlendorf war er von 2007-2009 Bezirksvorsitzender, ebenda 2009 Direktkandidat für den Bundestag. Doch der traditionelle Bezirksverband machte es ihm schwer. Olaf verstand es, Menschen zu animieren und brachte durch sein Geschick als Schauspieler neuen Schwung in den Wahlkampf. Für diese Neuerung schien die Zeit noch unreif. So kam Olaf in unseren Bezirk.

Sein besonderes Engagement gilt den Bereichen Haushalt sowie Kultur/Weiterbildung. In der BVV will der eloquente Olaf auf jeden Fall ein Wörtchen mitreden!

Übrigens: Sein Soloprogramm „Geradezu pervers normal“ feiert im März Premiere in Nürnberg.

Janine Behrens

Petra Pau (MdB): Ein Titanic-Szenario

Wir erleben derzeit Entwicklungen, besser Zerstörungen, deren Ende noch nicht absehbar sind. Wir haben Finanz-Krisen, Haushalts-Krisen, Euro-Krisen, EU-Krisen, Wirtschafts-Krisen. Kaum ein Otto-Normal-Bürger sieht mehr durch. Wir haben also auch eine Orientierungs-Krise. Hinzu kommen Demokratie-Krisen. Staaten werden unter Kuratel befohlen. Parlamente werden kaltgestellt. Bürgerinnen und Bürger werden entmündigt, nicht nur in Griechenland.

Ich will diese Krise des Kapitalismus jetzt gar nicht wirtschaftspolitisch bewerten, auch nicht finanzpolitisch, sondern einfach nur daran erinnern: Das alles öffnet Einfalls-Tore für Nationalisten, für Rechtspopulisten, für Rechtsextremisten! Ihre variierten Dominanten heißen „Ordnung“, „Autorität“ und „Identität“. So etwas verfängt in unsicheren Zeiten, da immer mehr Menschen nach einem verlässlichen Anker suchen. Eine Zeitbombe, die tickt.

Man kann quer durch Europa sehen, wie Rechtspopulisten und Rechtsextremisten an Zuspruch gewinnen, als Parteien und als Bewegungen. Front National in Frankreich, Vlaams Belang in Belgien, LEGA Nord in Italien, Dansk Folkeparti in Dänemark, Jobbik in Ungarn und so weiter. Verdammt schlechte Zeiten für Bürgerrechte, Demokratie und Toleranz und für die vermeintlich Schwachen der jeweiligen Gesellschaften.

Deren Zahl nimmt drastisch zu. Schon heute bewirken die so genannten Euro-Rettungsschirme einen radikalen Sozialabbau: in Irland, in Griechenland, in Portugal, in Spanien, in Italien … Ein Teufelskreis wird beschleunigt. Zugleich werden die Töne rauer, anmaßender, auch in Deutschland. CDU/CSU-Fraktionschef Kauder höhnte unlängst: „Endlich spricht Europa wieder deutsch!“ Und BILD titelte: „Nehmt den Griechen den Euro weg!“

„Das Titanic-Szenario“ hieß eine fiktive Vorausschau jüngst im „Handelsblatt“. Darin wurde – von Ereignis zu Versäumnis – der drohende Zerfall der Europäischen Union beschrieben. Aktuell und nachvollziehbar!

Glaube niemand, dass Deutschland bei alledem gewönne. Alle verlören! Was zugleich dazu führen könnte, dass Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus noch bedrohlicher Urständ feiern als ohnehin.

Internationaler Tag des Ehrenamts

Der 5. Dezember wird als Internationaler Tag des Ehrenamts begangen. Berlin vergibt Ehrenamtspreise, -titel, –freikarten. Schätzungsweise zwischen 21 und 24 Millionen Menschen sind allein deutschlandweit ehrenamtlich tätig in Vereinen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien, die ohne diese Fleißigen nicht überleben könnten. Die hauptamtlichen Stellen werden stetig weiter ausgedünnt und die Arbeit wie auch die Verantwortung ohne viel Federlesens auf die Ehrenamtlichen herabgelassen, überwälzt. Wer bedenkt, dass diese Menschen nicht nur ihre Freizeit ans Bein binden, sondern privat für ihre Vereine Telefon-, Autokosten und anderes materiell und finanziell beisteuern? Hinzu kommt ein Phänomen: die allermeisten Ehrenamtlichen sind in mehreren Funktionen gleichzeitig aktiv; und auch als Wahlbürger… nimmt das Wahlvolk das zur Kenntnis? Bringen Politiker und hauptamtliche Funktionäre den Ehrenamtlichen, die für sie oft genug die Kastanien aus dem Feuer holen (müssen), die gebührende Wertschätzung entgegen? Das wäre nur gerecht; nicht bloß am 5. Dezember.

Bernd-R. Lehmann
IG Bauen Agrar Umwelt

Die Braut sagt nein – Utopia 1990

Am 5. Oktober stellte Erika Maier im Schloss Biesdorf ihr neues Buch vor. Viele der Gäste haben die Zeit, von der hier die Rede ist, selbst erlebt - entsprechend emotionsgeladen verlief auch die anschließende Diskussion unter den 70 Teilnehmern. Julia Witt, die die Buchpräsentation mit Charme und Geschick moderierte, sprach mit Erika Maier über das Buch.

● *Du erzählst eine Geschichte, in der das Jahr 1990 ganz anders verläuft und am Ende eine erneuerte DDR entsteht. Warum?*

Erika Maier: Nicht nur die Kanzlerin, sondern auch viele Linke sind bis heute der Meinung, es hätte 1990 zum schnellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik keine Alternative gegeben. Ich widerspreche dieser Auffassung, obwohl ich weiß, dass ich nicht jeden überzeugen werde.
Bei mir sagt die Braut im Sommer 1990 nein, weil sie weiß, dass die Folgen des übereilten Beitritts – vielleicht besser: des übereilten Anschlusses - für alle Beteiligten auf Dauer schlimme Folgen haben werden.

● *Hältst du die beschriebene Alternative für realistisch?*

Erika Maier: Ich bin überzeugt, dass es Alternativen gab. Ich behaupte natürlich nicht, dass die hier beschriebene Lösung die einzig erfolgreiche gewesen wäre. Das kann und will eine Utopie nicht. Vielleicht hätten kluge Leute andere Wege und Partner gefunden, aber das Dilemma ist doch, dass von der etablierten Politik nicht ernsthaft nach Alternativen gesucht worden ist – und das mit voller Absicht.

● *Hattest du nicht Sorge, als Nostalgikerin, als Ewig-Gestrige betrachtet zu werden, die die deutsche Einheit schmäht?*

Erika Maier: Nein, wer das Buch richtig liest, wird auf diese Idee nicht kommen.
Hier wird erzählt, wie drei Frauen Verbündete finden, mit denen es gelingt, das zu verwirklichen, worauf 1989 viele hofften: eine andere, eine bessere DDR.
Und hier wird auch erzählt, welche Kräfte am Werk waren, um das zu verhindern. Das ist übrigens keine Utopie, sondern Realität.

● *Das klingt nun aber eher nach einem Sachbuch?*

Erika Maier: Sagen wir mal so: Es ist ein verkapptes Sachbuch. Hinter der, wie ich von den ersten Lesern höre, gut lesbaren, lebendigen Erzählung verbirgt sich harte Arbeit. Mindestens drei Meter Sachbücher und Berge von Dokumenten habe ich im Vorfeld ausgewertet, um die Vorgänge des Jahres 1990 zu durchschauen und in die Geschichte einfließen zu lassen. In einem Anhang finden interessierte und nachdenkliche Leserinnen und Leser Hinweise auf diese Quellen.

● *Die Heldin Johanna ist eine Wissenschaftlerin der Humboldt-Universität. Bist du Johanna?*

Erika Maier: Nein, bis auf vier Figuren, für die es Vorbilder gibt, sind alle Personen erfunden – auch die Johanna. Außerdem ist Johanna 25 Jahre jünger als ich damals war. Aber natürlich ist das, was ich, was wir in diesen Monaten erlebt und gefühlt haben, in das Buch eingegangen und auch manches aus dem Alltag unserer Familie. Ich wollte daran erinnern, dass es viele Menschen gab, denen der Abschied von der DDR sehr schwer gefallen ist.

● *Das Buch wurde in einem kleinen Verlag veröffentlicht. Wie willst du es bekannt machen?*

Erika Maier: Der Verlag kann wenig helfen, das kann ich nur selbst tun. Ich werde mich um eine Besprechung im neuen deutschland bemühen, was nicht so einfach sein soll. Ansonsten mache ich viele Buchlesungen, vor allem, um miteinander über das Thema zu reden. Wenn also Vereine oder Basisgruppen Interesse haben, komme ich gern und bringe auch Bücher mit. Es eignet sich übrigens gut zum Verschenken an politisch interessierte Menschen – immerhin steht Weihnachten vor der Tür.

Telefon Erika Maier: 030 5411054
BS-Verlag Rostock,
ISBN 978-3-86785-177-0, Preis: 12,90 Euro

Klaus-Jürgen Dahler: Die Linksfraktion in der BVV hält Kurs!

Mit dem Beschluss über die Bildung und Besetzung von Ausschüssen hat sich die BVV Marzahn-Hellersdorf endgültig konstituiert. Die sogenannte Zählgemeinschaft von SPD, CDU und Grünen arbeitet auf der Grundlage einer Vereinbarung zusammen und hat bei der Wahl zur Vorsteherin der LINKEN als stärkste Fraktion weder die Vorsteherin noch die Stellvertretende Vorsteherin überlassen. Und das, obwohl im Vorfeld der Wahlen die Kommunalpolitikerinnen von CDU und SPD die Atmosphäre und Kooperation in den bezirklichen Gremien durch die bisherige Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle würdigten. Unsere Fraktion wird mit unseren gewählten Bezirksamtsmitgliedern Dagmar Pohle und Julia Witt nun um die möglichst besten Rahmenbedingungen zur Umsetzung des kommunalen Wahlprogramms ringen. Dazu wollen wir gemeinsam mit unseren Abgeordneten in Klausur gehen, um unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit abzustimmen. Die ersten inhaltlichen Anträge zur Durchführung von Einwohnerversammlungen des Bezirksamtes in den Stadtteilen, für ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf und die Weiterentwicklung des Schulstandorts der „Kiekemal-Grundschule“ in Mahlsdorf zu einer Schule mit gymnasialer Oberstufe wurden in der BVV mehrheitlich mitgetragen. Die Fraktionen der Piraten, der Grünen, der SPD und der CDU traten den Anträgen für Einwohnerversammlungen und für ein Freibad sogar bei. Die Anträge zum Schulstandort und „Kein Straßenausbau ohne Zustimmung der Anwohnerinnen“ wurden in Fachausschüsse überwiesen. Auch ohne den Bezirksbürgermeisterposten bleiben wir mit unseren zwei Bezirksstadträtinnen in kommunalpolitischer Verantwortung und werden diese auch wahrnehmen. Wir werden uns nicht an den Rand drängen lassen, sondern durch inhaltliche Angebote die weitere Entwicklung des Bezirkes mitbestimmen. Dabei gehen wir auf alle demokratischen Parteien im Bezirk zu. Aber wir werden auch etwas genauer nachfragen und dort, wo es notwendig ist, die Auseinandersetzungen suchen. Ich habe die zweite Sitzung der BVV genutzt, um in einer persönlichen Erklärung die Morde der rechtsextremen Täter aus dem Umfeld der NPD anzuprangern und mich zugleich für die Unterstützung aller gesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Gewalt auszusprechen. Die demokratischen Parteien in der BVV wollen es auch weiterhin nicht zulassen, dass rechtsextreme Kräfte durch Nachwuchsarbeit, vermeintliche Bürgernähe und Ausbau einer eigenen Infrastruktur Einfluss in der Gesellschaft nehmen.

Klaus-Jürgen Dahler ist Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

An dieser Stelle soll, wie die Überschrift sagt, darüber berichtet werden, womit sich der Bezirksvorstand im Vormonat beschäftigt hat. Das ist heute nicht sinnvoll – der BV hat im November die Vorbereitung der Hauptversammlung und besonders das Referat des Bezirksvorsitzenden beraten – die Versammlung hat stattgefunden, das Referat wurde gehalten und kann im Internet nachgelesen werden. Deshalb soll hier von einem damit zusammenhängenden Problem die Rede sein, das nur scheinbar technisch-organisatorischer Natur ist – der Ablaufplanung der Hauptversammlung.

Bernd Preußer auf der Hauptversammlung am 19. November - Glückwunsch zur Wiederwahl in den Bezirksvorstand!
Foto: M. Volkert

Der BV hatte das nicht auf die leichte Schulter genommen, auch darüber wurde ausführlich und mehrfach diskutiert. Eine Hauptversammlung mit Neuwahl sollte selbstverständlich den Ablauf Bericht – Diskussion – Entlastung – Kandidatenvorstellung – Wahlen haben. So war es auch geplant. Da der Landesvorsitzende seine Teilnahme zugesagt hatte, war klar, dass er auch reden möge, und da seine Zeit begrenzt war, haben wir uns für eine zusätzliche Diskussionszeit entschieden – was sich ja als richtig erwiesen hat. Und da ja die durch die Wahlen veränderte politische Situation in der BVV und auch im Bezirksamt zweifellos große Bedeutung für unsere Arbeit hat, hielten wir es für gerechtfertigt, auch die stellvertretende Bürgermeisterin vor der allgemeinen Debatte reden zu lassen – auch das war offenbar sinnvoll. Und dann sollte Zeit für die Debatte sein, das war durchaus sorgfältig geplant und wurde auch von der Versammlung so beschlossen – aber es war wohl zu „genau". Letztlich dauerten die Beiträge insgesamt doch etwas länger, die Zeiten summierten sich, und dann war dieser ganze „Block" erst zu einem Zeitpunkt beendet, zu dem eigentlich schon die Debatte beendet sein sollte. Diese Situation ist mit „unglücklich" nur unzureichend beschrieben, die GenossInnen, die darauf aufmerksam machten, dass man vor der Entlastung und der Wahl des Vorsitzenden doch erst mal diskutieren müsste, haben ohne Zweifel recht. Aber bei begrenzter Zeit und festgelegtem Reglement war offensichtlich auf die Schnelle kein anderer Ausweg möglich. Ein galoppierendes Pferd hält man nicht einfach mit der Hand auf – nun war die Versammlung kein Pferd, hatte aber doch eine beachtliche Eigendynamik entwickelt. Ich habe jedenfalls das Arbeitspräsidium bewundert, wie gut es mit mancher schwierigen Situation fertig geworden ist.

Ja, Asche auf unsere Häupter – aber geschehen ist geschehen. Ich bin sicher, der neugewählte Bezirksvorstand wird sich bei der Auswertung auch mit dem Ablauf der Versammlung beschäftigen und Schlussfolgerungen ziehen.

Aber nichtsdestotrotz gilt für uns ein Wort, mit dem sich sonst ein Erdölkonzern schmückt: „Es gibt viel zu tun – packen wir's an!" Hoffentlich war das jetzt keine Verletzung des Urheberrechts.

Bernd Preußer

DIE LINKE setzt sich mit Freibad-Forderung durch

Straßenausbau nur mit AnwohnerInnenzustimmung wird vertagt

In der BVV-Sitzung im November wurde ein Antrag der Linksfraktion einstimmig beschlossen, der das Bezirksamt auffordert, sich für den Bau eines Freibades in der Großsiedlung von Marzahn-Hellersdorf einzusetzen.
Die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Bündnis-Grünen hatte angekündigt, das Planungsverfahren für den Elsensee zu stoppen. Die Errichtung eines Freibades wird damit an diesem Standort von den drei Parteien verhindert.
Wir erwarten vom Bezirksamt, dass schnellstmöglich Verhandlungen mit den Berliner Bäder-Betrieben aufgenommen werden, um Planungen einzuleiten. SPD und CDU sind nun in der Verantwortung, die Finanzierung auch über die neue Landesregierung abzusichern.

Ein Antrag, Straßenausbaumaßnahmen nur mit Zustimmung der AnwohnerInnen durchzuführen, wurde von SPD, CDU und Bündnis-Grünen in Ausschüsse überwiesen. VertreterInnen der Parteien warfen der Linksfraktion vor, dass der Inhalt des Antrages rechtswidrig sei, weil eine solche Beteiligung im Gesetz nicht vorgesehen sei. Fraktionschef Klaus-Jürgen Dahler entgegnete, dass die BVV der VI. Wahlperiode einen gleichlautenden Beschluss gefasst hatte, damals noch mit Zustimmung aller Fraktion. Es handele sich vielmehr um eine Selbstverpflichtung der BVV. CDU und SPD waren offenbar nicht überzeugt, dass sie sich selbst daran halten wollen.
Der Abriss einer Skateanlage in Marzahn sorgte bei NutzerInnen und dem Streetworkverband Gangway für Aufregung. DIE LINKE und Piraten fragten deshalb in einer Großen Anfrage nach und mussten ein Kommunikationschaos des Bezirksamtes feststellen. Mit den NutzerInnen war nur ungenügend gesprochen worden. Ein Antrag, sie beim Neubau der Anlage einzubeziehen, wurde von SPD und CDU in Ausschüsse überwiesen.
Björn Tielebein

Aus den Siedlungsgebieten

Für eine Siedlungsentwicklung von unten!

DIE LINKE brachte in der Novembersitzung der BVV Marzahn-Hellersdorf den Antrag ein, dass eine Zustimmung zu Maßnahmen des Straßenausbaubeitragsgesetzes nur dann erfolgen soll, wenn die Anliegerinnen und Anlieger der entsprechenden Straße zustimmen. Ein solches Herangehen des Bezirkes bei der Umsetzung des Gesetzes war bereits im August 2008 interfraktionell von der BVV beschlossen worden.

Nun hat DIE LINKE sehr wohl registriert, dass die Berliner Koalition von SPD und CDU das Gesetz abschaffen will, aber mit der Ankündigung ist es ja nicht getan. Bis zu einem Beschluss zur Abschaffung ist das Gesetz noch immer in Kraft. Wir stellten mit dem Antrag klar, dass die BVV ohne die Zustimmung der Anlieger den Maßnahmen nicht zustimmen wird. Durch direkte und repräsentative Demokratie legen wir die Entscheidungen über den Straßenausbau in die Hände der Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes. Die anderen Fraktionen im Bezirk wollten nun dieses Mal unter den anderen politischen Voraussetzungen unserem Antrag nicht zustimmen. Die Ablehnung wäre aber auch schwer kommunizierbar. Also wurde der Antrag ohne Not in den Ausschuss für Siedlungsgebiete und Verkehr überwiesen. „Siedlungsentwicklung von unten" geht anders!
Klaus-Jürgen Dahler

Wolfgang Brauer (MdA): Wir lernen noch

Wir können auch Opposition, meinte Harald Wolf am Wahlabend. Das war vorschnell. Wir lernen noch. Wir sind dabei zu begreifen, dass eine Aktion, die wir in Regierungszeiten noch ganz toll fanden, heute manchen bestenfalls ein müdes Lächeln abringt. Meinungsführerschaft in der Opposition erklärt man nicht, sie muss erarbeitet werden. Wir sind dabei zu lernen, dass die bisherigen politischen „Gegner“, die Grünen zum Beispiel – wobei ich die Heftigkeit, mit der wir uns gelegentlich begegneten nie so recht verstanden habe – nicht nur Arbeitspartner, sondern wahrscheinlich eine Option für das Jahr 2016 sind. Wenn DIE LINKE sich wieder stabilisiert. Nicht mit den „großen Strategien“ werden wir wieder Vertrauen gewinnen, sondern mit der Kärrnerarbeit vor Ort, in den Parlamentsgremien und den außerparlamentarischen Initiativen. Ich freue mich, dass ich dieser Tage einer Schülerin helfen konnte, der die Lehrerin die Freistellung zu einer Veranstaltung der politischen Jugendbildung verweigern wollte. Ich versuche momentan einer Mieterin zu helfen, deren Abwasserrohre so verstopft sind, dass das Bad überläuft. Der Vermieter will an eine ernsthaftere Reparatur nicht ran. Ist das linke Politik?

Wolfgang Brauer *Foto: M. Volkert*

Ist linke Politik das Kippen des Straßenausbaubeitragsgesetzes? Die Koalition hat’s jetzt im Vertrag. Parlamentarischer Druck war dabei hilfreich: Unser erster Plenarantrag in dieser Wahlperiode verlangt die Aufhebung dieses Gesetzes. Geschrieben habe ich ihn – und ich glaube, wenn die CDU gegenüber der SPD in dieser Frage stur blieb, dann ist das auch der Plenardebatte zu diesem Thema geschuldet, in der die Koalitionsparteien eine peinliche Vorstellung boten. So kann Oppositionsarbeit erfolgreich sein. Wir versuchen, Themen zu setzen und Themen zu besetzen, um die die Koalition nicht herumkommt. Ein anderes Beispiel: Mein zweiter Plenarantrag versucht, die Durchsetzung des öffentlichen Tarifrechtes in einer Stiftung öffentlichen Rechts zu erzwingen. Deren 2000 von CDU und SPD beschlossenes Errichtungsgesetz schließt dies aus. Angesichts der Auseinandersetzungen um die Gehälter der Beschäftigten der Service-Gesellschaft der Charité eine brisante Angelegenheit. In der Stiftung, die mir den Anlass für diesen Gesetzesantrag gab, betrifft dies nur zwölf Mitarbeiter/innen. In der Parlamentsdebatte wiegelte die SPD ab. Der CDU-Redner stellte immerhin fest, dass – wenn man da anfinge – man die Ungerechtigkeiten der Bezahlung im gesamten öffentlichen Dienst und seinem Umfeld korrigieren müsse. Genau das wollen wir!

Vom alltäglichen Wahnsinn mit Hartz IV:
Heute: Wohnen mit Hartz IV - Teil 2

Auch im November kamen ratsuchende Bürgerinnen und Bürger mit Wohnungssorgen zur Alg-2-Beratung im Linken Treff. So kam auch Frau Kunze (Name geändert) mit ihren zwei Kindern.

Familie Kunze glaubte sich im Glück: Sie bekam zusammen mit einer Arbeit für den Familienvater die Möglichkeit, bei ihrem Arbeitgeber günstig zu wohnen. Bis die Lohnzahlungen ausblieben, der Arbeitgeber kam aus den roten Zahlen nicht mehr heraus. Der Arbeitsvertrag wurde gelöst. Der Mietvertrag war an den Arbeitsvertrag gekoppelt und nun ebenfalls beendet. Der nun mehr ehemalige Arbeitgeber drängte auf Auszug. Eile war geboten, sollte die Familie nicht obdachlos werden.

Mit Vermittlung bekamen sie einen Termin bei einer Marzahner Wohnungsgenossenschaft und fanden hier eine Wohnung, die angemessen ist im Sinne der AV Wohnen. Aber sie mussten sich schnell entscheiden, sonst wäre die Wohnung weg gewesen. Sie informierten ihr Jobcenter in ihrem bisherigen Berliner Bezirk und zogen um. Ihr Bewilligungsbescheid war zum Glück noch einige Zeit gültig, so dass ihnen Zeit blieb für den Umzug und die Anmeldeformalitäten in Marzahn-Hellersdorf. Dachten sie.

Als sie sich einige Wochen vor Ablauf des Bewilligungsbescheidens im Marzahn-Hellersdorfer Jobcenter anmeldeten und die Weiterbewilligung des Arbeitslosengeldes beantragten, sollten sie eine Umzugsgenehmigung ihres bisherigen Jobcenters vorlegen, sonst wäre eine Weiterbewilligung des Arbeitslosengeldes im neuen Bezirk nicht möglich. Davon hatten sie noch nie gehört. Also verbrachten sie wieder einen Vormittag im zuvor zuständigen Jobcenter. Aber so einfach gab es keine Umzugsgenehmigung, schon gar nicht nachträglich. Die Kopplung des Mietverhältnisses an den beendeten Arbeitsvertrag reichte nicht, es musste eine ausdrückliche Kündigung der Wohnung vorgelegt werden. Also mussten sie bei dem ehemaligen Arbeitgeber und Vermieter um ein Wohnungs-Kündigungsschreiben bitten. Mit diesem Schreiben war wieder Anstellen im Jobcenter angesagt. Doch so einfach geht das nicht: Vorher muss noch geprüft werden, ob die Betriebskosten der neuen Wohnung überhaupt angemessen sind, schließlich gehe es hier um Steuergelder, meinte die Mitarbeiterin im Jobcenter. Frau Kunze ist Erzieherin, ein zurzeit sehr gefragter Beruf. Sie braucht den Arbeitslosengeld-Bescheid auch, damit sie in unserem Bezirk einen Kita-Platz für ihre Kinder bekommt, damit sie arbeiten gehen und selbst Steuern zahlen kann. Doch auch dieses Argument half nicht. Herr Kunze arbeitet inzwischen selbständig und kann die Kinder nicht betreuen. So kam Frau Kunze nach Beratung im Linken Treff wieder ins Marzahn-Hellersdorfer Jobcenter. Hier wurde ihr Antrag auf Arbeitslosengeld nach Klärung der Sachlage in der Rekordzeit von zehn Tagen bewilligt. Dabei stellte sich heraus, dass das bisherige Jobcenter rückwirkend die Krankenversicherung der Familie gekündigt hatte. Der Familie war dies nie mitgeteilt worden. Wäre die Mutter mit ihren kleinen Kindern in dieser Zeit zum Arzt gegangen, hätten wir wahrscheinlich noch die Schuldnerberatung einbeziehen müssen. Und die Umzugsgenehmigung des bisherigen Jobcenters ist seit zwei Monaten in Arbeit, die Prüfung dauert offenbar noch an.

Die hilfreiche Vermittlerin hat übrigens auch einen Namen: Es war unsere Genossin Marina Tischer, die der Familie den Kontakt zur Wohnungsgenossenschaft und zur Beratung im Linken Treff vermittelte und ihnen bei allen Behördengängen und zwischendurch hilfreich zur Seite stand. Wer auf der Suche nach einer Dolmetscherin zufällig an Marina gerät, hat zu guter Letzt doch wirklich Glück gehabt.

Hartz IV muss weg! **Sonja Hildebrandt**

Dem erstem Treff sollen viele folgen

Fast 40 Genossinnen trafen sich am 28. November in gemütlicher Runde zum Frauen- und gleichstellungspolitischen Abend. Wir wollen uns künftig öfter treffen, um uns auszutauschen, zu diskutieren und aktiv linke Politik zu gestalten. Dafür soll der letzte Montag im Montag unser fester Termin werden. Jedes Mal wollen wir uns einem Schwerpunktthema widmen, begrenzt auf ein Stunde, damit genug Zeit für den offenen Austausch bleibt. Bei nächsten Mal werden drei Frauen ihre ganz persönlichen Lebensgeschichten als linke Frauen vorstellen und Sonja Hildebrandt wird zum Thema Kommunikation und Gremienarbeit eine Einführung geben. Alle linken Frauen sind herzlich eingeladen zum *nächsten Frauenabend am 30.1.2012*. **Sarah Fingarow**

Sie wollen sich wieder treffen und hoffen auf weitere Mitmacherinnen. Foto: S. Fingarow

Der Mantel der Geschichte und andere deutsche Denkwürdigkeiten

Prof. Dr. Ludwig Elm (Jena) zu Gast im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum

Lexika sind heutzutage nicht mehr „en vouge“, nicht mehr „in“, nicht mehr „hip“, nicht mehr „trendy“... – Ausrufezeichen oder Fragezeichen?

Ludwig Elm hat in diesem Jahr sein „Kleines Lexikon zur Zeitgeschichte“ mit mehr als 300 Stichworten zu Begriffen, Ereignissen und Personen aus Politik, Geschichte und geistig-kulturellem Leben veröffentlicht. Die Beiträge bieten Wissenswertes, das oft vergessen, vernachlässigt oder verdrängt wird. Sie regen zur kontroversen Deutung politischer Schlagworte, Formeln und Aussagen an – darunter beispielsweise zu Aberglauben, 68er, Adel, Altkader, Armut, Bodenreform, Dachau, Demokratie, Einheit und Freiheit, Gerechtigkeit, Große Deutsche, 131er, Jugendweihe, Korruption, LPG, Ossi, Neid, Reichtum, Stamokap, Umbenennung und Wendehals. Es werden äußerst unterschiedliche Persönlichkeiten berücksichtigt, darunter Walter Bartram, Otto von Bismarck und George W. Bush, Bernt Engelmann, Francisco Franco, Günter Gaus, Hans Globke, Beate Klarsfeld, Augusto Pinochet, Haji Mohamed Suharto und Eugen Zander. Alles wird teils ironisch bis sarkastisch, teils ernsthaft, aber immer vorwiegend sachlich-informativ erörtert und dargestellt.

Prof. Dr. Ludwig Elm, geboren 1934, ist Historiker, hat in Berlin und Leipzig studiert, war von 1956 bis 1991 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena tätig und hat Arbeiten zur Geschichte der Parteien, der politischen Ideen – insbesondere Konservatismus – sowie der Hochschulen und studentischer Bewegungen veröffentlicht (darunter: Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz. Von Adenauer und Strauß zu Stoiber und Merkel, Köln 2007). Er war 1971 bis 1981 Mitglied der Volkskammer der DDR (Fraktion des Kulturbundes, Ausschuss für Volksbildung) und 1994 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages (Gruppe der PDS, Mitglied des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Obmann in der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (1995-1998).

Mit den ausgewählten Stichworten, die Ludwig Elm an diesem Abend vorstellte und kommentierte, belegte er nicht nur den Unterhaltungswert der Lektüre, wie Prof. Günter Benser in der Diskussion bemerkte. Er machte auch deutlich, dass das Nachfragen von Begriffen und Namen auch nach Jahren durchaus lehrreich sein und zum Nachdenken anregen kann. Für Jüngere, denen zum Beispiel die oben genannten Termini nicht ohne weiteres geläufig sind, kann das Nachschlagen inspirierend sein, weil es eine Sicht auf die jüngere Zeitgeschichte anbietet, die Alternativen zum Mainstream öffnet.

Fazit: Ludwig Elm hat mit seiner Präsentation und in der angeregten anschließenden Diskussion bewiesen, dass die eingangs gestellte Hypothese sowohl mit Ausrufezeichen wie mit Fragezeichen nicht richtig beantwortet ist. Lexika sind auch heutzutage wertvolle Wissensspeicher und inspirierende Gedankenspender – wenn sie so gemacht sind wie das von Ludwig Elm!

Dr. Wolfgang Girnus

Ludwig Elm: Der Mantel der Geschichte und andere deutsche Denkwürdigkeiten. Ein kleines Lexikon zur Zeitgeschichte. PapyRossa Verlags GmbH, Köln 2011. ISBN 978-3-89438-456-2.

Die Privatisierung der S-Bahn ist der falsche Weg

DIE LINKE. Berlin ruft zur Unterstützung des S-Bahn-Volksbegehrens auf

Die große Koalition aus SPD und CDU hat ihren Koalitionsvertrag vorgelegt und in vielen Bereichen gibt diese Regierung die falschen Antworten. Wie beim Wohnungsbau, bei der Wasserversorgung und beim Strom- und Fernwärmenetz wird auch für die Zukunft der S-Bahn eine Lösung propagiert, die vor allem die Profitinteressen von privaten Investoren im Blick hat.

Alle Vereinbarungen und Aussagen der SPD-CDU-Koalitionäre laufen darauf hinaus, dass der S-Bahn-Betrieb in einzelnen Teilnetzen ausgeschrieben werden wird. Offiziell heißt es zwar noch, dass man die S-Bahn ihrer Mutter, der Deutschen Bahn AG, abkaufen möchte. Aber niemand hat bisher jemals gehört, dass die DB überhaupt verkaufsbereit wäre. Und selbst wenn, wäre ein Kauf der S-Bahn, die durch den Abbau von Mitarbeitern und Wartungskapazitäten systematisch auf Verschleiß gefahren wurde, um die Abführungen an den Mutterkonzern zu erhöhen, ein riskantes Geschäft. Keiner weiß, was bei der S-Bahn noch im Argen liegt.

Gegen diese geplanten Teilnetzausschreibungen und die dadurch drohende (Teil-)Privatisierung des S-Bahn-Betriebs wendet sich der Berliner S-Bahn-Tisch – ein Bündnis, das u.a. von der Eisenbahngewerkschaft (EVG), attac, Fahrgastverbänden, der Volkssolidarität und der Linken Berlin unterstützt wird. Der S-Bahn-Tisch hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Offenlegung des Verkehrsvertrags vorsieht, und Anforderungen an den S-Bahn-Betrieb festschreibt: Mehr Personal auf die S-Bahnhöfe, ein garantierte Anzahl von eingesetzten Zügen und Wagons, verbesserte Barrierefreiheit und – ganz zentral – die Vorgabe, dass Sozialstandards und Löhne der Beschäftigten zu Tarifbedingungen festgelegt werden. Dies alles ist in einem Gesetzentwurf aufgeführt, den der S-Bahn-Tisch als Volksbegehren eingebracht hat. Seit dem Sommer werden nun dafür Unterstützungsunterschriften gesammelt. Ende November haben bereits über 16.000 Berlinerinnen und Berliner das Volksbegehren unterschrieben – es sollte also gelingen, die erforderlichen 20.000 Unterschriften bis Mitte Dezember zu erreichen. Dann kann die zweite Phase des Volksbegehrens beginnen: rund 170.000 Unterschriften sind dann notwendig, um einen Volksentscheid herbeizuführen.

Die Unterschriftenlisten müssen bis zum 15. Dezember in einer Sammelstelle abgegeben sein – unter anderem sind alle Geschäftsstellen der LINKEN in Berlin auch Sammelstellen. Aktuelle Informationen, Unterschriftenlisten zum Ausdrucken und eine Auflistung der Sammelstellen finden sich auf der

Webseite des S-Bahn-Tisches
www.s-bahn-tisch.de

Die LINKE in Berlin unterstützt das Volksbegehren, weil die Berlinerinnen und Berliner endlich wieder ein verlässliches S-Bahn-Angebot brauchen, weil (Teil-)Ausschreibungen und (Teil-)Privatisierungen der falsche Weg sind und weil die Berliner S-Bahn nicht zerschlagen werden darf. Wesentliche Ursache für das katastrophale Bild der S-Bahn war die Gewinnvorgabe der Deutschen Bahn, die sich weiterhin für einen Börsengang aufhübschen will. Der Einstieg von privaten S-Bahn-Betreibern würde diesen – auf Profit- statt Gemeinwohlinteressen setzenden – Zustand noch verschlimmern: zum Nachteil der Fahrgäste und Beschäftigten.

Malte Krückels

M.K. vertritt den Landesvorstand der Berliner LINKEN beim S-Bahn-Tisch.

„Pinker/Roter Skatepark“ muss wieder aufgebaut werden!

Linksfraktion und Piratenfraktion brachten in die BVV-Sitzung am 24. November 2011 eine große Anfrage zum Abriss des sogenannten „Pinken/Roten“ Skateparkes in Marzahn (Wuhletalstraße 70) und Hintergrund dessen ein. Die FragestellerInnen wollten u.a. wissen, warum Initiativen von NutzerInnen und Gangway e.V. zum Erhalt des Parks ignoriert wurden und ob ein Neubau der Anlage geplant ist.

Der zuständige Bezirksstadtrat Christian Gräff (CDU) berichtete, dass dem Abriss Vandalismus-Schäden vorausgegangen waren. Ein Neubau einzelner Elemente ist geplant, sofern die notwendigen Haushaltsmittel bereitstehen.

Zunehmender Zerstörung einer solchen Anlage entgegen zu wirken ist verständlich, die Kommunikation des Bezirksamtes in diesem Fall nicht. NutzerInnen und Gangway hatten sich mehrfach an das zuständige Amt gewandt und sich für eine Reparatur stark gemacht. Dies wurde nicht berücksichtigt, ein Großteil des Parks abgerissen.

Es muss jetzt darum gehen einen raschen Neubau der Anlage voran zu treiben und hierbei die NutzerInnen einzubeziehen. Wir erwarten, dass die notwendigen finanziellen Mittel durch das Bezirksamt bereitgestellt werden.

Ein Antrag der Piraten und der LINKEN ein Verfahren zur Beteiligung der NutzerInnen beim Neubau der Anlage einzuleiten wurde durch die Zählgemeinschaft aus SPD und CDU in den Haushalts- und Jugendhilfeausschuss überwiesen.

Bjoern Tielebein

Alles ganz simpel

Horst Schubert mit Enkel und Buchautor Mark Scheppert.

So lautet der Titel des Buches über den Lebensweg von Horst Schubert. Ganz simpel gestaltete sich auch der Ablauf der Buchlesung am 23. November. Autor und Enkel Mark Scheppert las, das „Geschichtsbuch auf zwei Beinen“ namens Schubert gab in gewohnter Weise mit dem verschmitzten Lausbubenlächeln eines Breslauer Lergen einige Anekdoten zum Besten. Die beste Ehre, die er seinem auf den Tag genau vor zwei Jahren verstorbenen Sohn Klaus, Vater des Autors, zuteil werden lassen konnte.

Gelegentliches Ins-Wort-Fallen seitens des Seniors war ausdrücklich erwünscht! Unverkennbar, dass es Großvater und Enkel Spaß machte, vor einem interessierten Publikum in den Dialog über erlebte Geschichte in drei deutschen Staaten zu treten.

Die Zuhörer, und derer waren es viele im Haus des Sports in der Eisenacher Straße, mussten unweigerlich den Eindruck gewinnen, dass Schubert in zahlreichen Lebenssituationen mehr Glück als Verstand hatte. Letzteren wird ihm angesichts seines vielseitigen und erfolgreichen beruflichen Lebens und politischen Engagements bis zum heutigen Tag niemand absprechen.

Wer erfahren möchte, was ein Breslauer Lerge ist, wie man in der sechsten Partei sein kann, ohne das Mitgliedsbuch zu wechseln, und welche Vorteile es haben kann, statt auf den Verstand auf das Bauchgefühl zu hören, der greife zu diesem Buch.

Text und Foto: **Sabine Behrens**

Veranstaltungen

„geDRUCKtes“

19.12., 18 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Gesine Lötzsch und Gäste: Weihnachten auf abchasisch. Violetta Rudat stellt ihr Buch „Meine abchasischen Rezepte – Die Küche der Langlebigen“ vor.
Sie lernen nicht nur Abchasien, diese wunderschöne Republik zwischen Kaukasus und Schwarzem Meer, sondern auch Gerichte aus Violettas Heimat kennen. Diese Veranstaltung hält nicht nur literarische Kostproben, sondern auch kulinarische Genüsse für Sie bereit. Anmeldung unter:
030 24009548 oder gedrucktes@die-linke.de

Vorankündigung:

„Little Hot-Jazz-Festival“

28.1.2012, 17 Uhr, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin: Erstes „Little Hot-Jazz-Festival“ mit den Jazz-Optimisten Berlin, Tin Alley Jazz Quartett, Swingtime, Syncopators, New Orleans Hot Peppers und Dr. Boogie

Liebe Leserinnen und Leser!

Ein bewegendes und bewegtes Jahr 2011 liegt fast hinter uns. Die Partei DIE LINKE mit all ihren Mitgliedern, besonders der Bezirksvorstand, die Mitglieder der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf im Berliner Abgeordnetenhaus und die Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung sowie die Bezirksamtsmitglieder werden auch künftig engagiert für einen lebens- und liebenswerten Bezirk streiten.
Wir wünschen Ihnen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins Jahr 2012.

Hinten links

Weihnachtsgeschenke für die Griechen

Im November beging das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den 50. Gründungstag, und Dirk Niebel (FDP) macht sich stark für Entwicklungshilfe.
Bevor der Europäische Rettungsschirm wieder über die Griechen gehalten wird, müssen die ihr „Koppel noch enger schnallen“.
Griechenland hat anteilig, bezogen auf sein BIP (Bruttoinlandsprodukt), den höchsten Militäretat aller EU-Staaten.
So liefern wir Deutschen (Rüstungsunternehmen) beispielsweise von High-Tech-U-Booten über Panzerfahrzeuge bis Maschinengewehre (für die griechische Polizei) fast alles.
Dadurch fließen die Gelder sicher an das Finanzkapital, das kassiert zudem die Zinsen für die Kredite, in die „kerneuropäischen“ Länder zurück.

Frage

Was haben die griechische Bevölkerung und Wirtschaft davon, wenn ihre Regierung derart „in Schuss“ gebracht wird? **R. Rüdiger**

Bezirksvorstand

» **6.12.**, 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, weitere Termine unter www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/termine

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **11.1.,** 18 Uhr (BO Biesdorf) Theater am Park, Begegnungsstätte, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

» **11.1.,** 19.30 Uhr (BO Marzahn) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **12.1.,** 19.30 Uhr (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12

Frauen-/gleichstellungspolitischer Abend

» **30.1., 18 Uhr,** Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, alle Genossinnen und Sympathisantinnen sind herzlich eingeladen

Sprechstunden

» **7.12., 16 - 18 Uhr, Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380
» **13.12., 19.00 - 20.30 Uhr, Wolfgang Brauer** (MdA), **Petra Wermke** (BVV), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest, Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin
» **19.12, 17 - 18 Uhr, Regina Kittler** (MdA) und **Dagmar Pohle** (stellv. Bezirksbürgermeisterin), Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin
» **19.12, 18 - 19 Uhr, Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin
» **5.1., 17 Uhr, Dr. Manuela Schmidt (MdA)** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, Voranmeldung unter Tel. 030 23252530 o. schmidt@linksfraktion-berlin.de erbeten
» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, **Klaus-Jürgen Dahler** (BVV), Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16 - 19 Uhr, Di 10 - 18 Uhr, Mi 14 - 18 Uhr, Do 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Öffnungszeiten:

Montag	**13 - 17 Uhr**
Dienstag:	**10 - 17 Uhr**
Donnerstag:	**10 - 18 Uhr**
Freitag:	**10 - 13 Uhr**

Geschlossen: jeden Mittwoch sowie am 12.12., 16.12., und vom 23.12.2011 bis 02.01.2012

Impressum **Marzahn-Hellersdorf *links***

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Fotos - wenn nicht anders angegeben: Michael Volkert

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 01.12.2011. Auslieferung ab: 01.12.2011. **Druck:** Eigendruck. **„Marzahn-Hellersdorf *links*“** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 12.01. und 02.02.2012.

MaHeli Dezember 2011